Der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe in der NATO ist möglich. Die Fälle Kanada, Griechenland, Dänemark und Norwegen

Hartwig Hummel

gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrags
für die Tagung der Sektion Internationale Beziehungen der DVPW
Oktober 2020[1]

Prof. Dr. Hartwig Hummel
Institut für Sozialwissenschaften
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung **2**
2. Die Bedeutung der nuklearen Teilhabe **2**
3. Der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe **8**
3.1 Kanada 8
3.2 Griechenland 10
3.3 Dänemark 11
3.4 Norwegen 14
4. Fazit **15**

1 This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License. **CC BY-NC-ND**

1. Einleitung [2]

Die Hoffnungen auf eine globale nukleare Abrüstung am Ende des Kalten Kriegs, wiederbelebt durch die Prager Rede von US Präsident Obama und fortgeführt durch den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen von 2017, haben sich bislang nicht erfüllt. Statt dessen ist in der einschlägigen Literatur vom Scheitern der nuklearen Rüstungskontrolle und von einem neuen Kalten Krieg die Rede, von einer Modernisierung der atomaren Rüstung mit der Perspektive "kleiner" Atomschläge, von einer Ausweitung der französischen nuklearen Abschreckung auf die EU und von einer nuklearen Rüstungsdynamik im Mittleren und Fernen Osten.

Hindernisse für die vollständige nukleare Abrüstung bestehen nicht nur seitens der offiziellen und inoffiziellen Nuklearwaffenstaaten, sondern auch seitens der NATO-Mitgliedsländer. Die gesamte NATO boykottiert bisher den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen. Die NATO-Strategie sieht weiterhin den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor. Eine Gruppe von NATO-Mitgliedstaaten - offiziell sind das Nichtkernwaffenstaaten - hat darüber hinaus US-Nuklearwaffen auf ihrem Territorium stationiert und stellt im Rahmen der "Nuklearen Teilhabe" Trägersysteme dafür bereit.

Diese Situation ist erstaunlich, denn der militärische Nutzen der taktischen Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe erscheint selbst Sicherheitsexperten zweifelhaft. Die nukleare Teilhabe untergräbt das internationale Regime zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Und die Stationierung von Nuklearwaffen wird seit langer Zeit mehrheitlich von der Bevölkerung abgelehnt, auch wenn die genauen Umstände in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind.

Initiativen zum Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe waren in den betroffenen NATO-Staaten Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei bisher ergebnislos. Die betreffenden Regierungen sträuben sich gegen einen nationalen Ausstieg unter anderem mit dem Argument, dass dies die Bündnisloyalität untergraben und die Mitsprachemöglichkeiten innerhalb der NATO gefährden würde. Dabei ignorieren sie, dass es bereits Fälle für einen Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO gibt. So haben Kanada und Griechenland ihre nukleare Teilhabe wieder beendet. Weitere NATO-Mitglieder verbieten die Stationierung von US-Nuklearwaffen auf ihrem Territorium - vorgestellt werden hier die beiden prominenten Fälle Dänemark und Norwegen.

2. Die Bedeutung der nuklearen Teilhabe

Im Atomwaffensperrvertrag (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT) haben sich die Vertragsstaaten darauf geeinigt, dass es zwei Kategorien von Staaten gibt: Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten. Diese rüstungspolitische

---

2 Für die Unterstützung bei der Recherche zu diesem Beitrag danke ich Ayleen Siegemund und Dominik Döbbeler. Dieses Papier widme ich Otfried Nassauer, der am 1.10.2020 überraschend verstorben ist. Er hat mit seiner großen Expertise und seinen hartnäckigen Recherchen ein Papier wie dieses erst möglich gemacht.

Zweiteilung der Staatenwelt, manche sprechen sogar von einer nuklearen Apartheid[3], bestimmt sowohl den politischen Diskurs, als auch die wissenschaftliche Literatur.

Doch manche der offiziellen Nichtkernwaffenstaaten sind gar nicht so nuklearwaffenabstinent, wie die übliche Zweiteilung unterstellt. Die sogenannte nukleare Teilhabe von Nichtkernwaffenstaaten stellt einen Zwischenbereich bzw. eine Grauzone zwischen Kernwaffenstatus und Nichtkernwaffenstatus dar. Im engeren Sinne bedeutet die "technisch-nukleare Teilhabe"[4] das "Ausleihen" ("loaning"[5]) von nuklearen Sprengköpfen ("warheads") und ggf. auch Trägersystemen für Nuklearwaffen durch einen Kernwaffenstaat an einen Bündnispartner, wobei der Kernwaffenstaat offiziell die Kontrolle über und Verantwortung für den Einsatz dieser Waffen behält. Etwas weiter gefasst liegt eine nukleare Teilhabe aber auch schon dann vor, wenn ein Staat die Stationierung von fremden Kernwaffen auf seinem Territorium auch ohne eigene technische Teilhabe zulässt. Im weitesten Sinne muss sogar jegliche Form der erweiterten Abschreckung ("extended deterrence") als nukleare Teilhabe bezeichnet werden. Erweiterte Abschreckung bedeutet, dass ein Kernwaffenstaat im Rahmen seiner Abschreckungsdoktrin seinen "Nuklearschirm" auf andere Staaten ausdehnt, so wie es die USA beispielsweise gegenüber ihren NATO-Bündnispartnern praktizieren.

Die nukleare Teilhabe wird von der NATO nicht als Verstoß gegen die Bestimmungen des NPT angesehen, da ja die Letztentscheidung bei den USA verbleibe. Das gilt jedoch nur beschränkt. Denn die USA stellen die Geltung des NPT in Kriegszeiten und damit das unbedingte Verbot des Transfers der Einsatzentscheidung an die nuklearen Teilhaber in Frage. Schofield verweist auf das "unique arrangement the US had with its NATO allies, in which custodial US nuclear weapons under dual-key arrangements would be made available in time of war and in accordance with the policy of NATO's Military Committee."[6] Der Vorbehalt, dass die Verbündeten der USA im Kriegsfall die alleinige Verfügungsgewalt über die ihnen überlassenen Nuklearwaffen erhalten, ist in keinem offiziellen Dokument festgehalten und somit völkerrechtlich unbeachtlich.[7] Öffentlich bekannt geworden ist lediglich die folgende etwas verklausulierte Erklärung von Außenminister Rusk vor dem Außenpolitischen Ausschuss des Senats am 10. Juli 1968:

> *"[Der NPT] behandelt nicht Regelungen über die Dislozierung von Kernwaffen auf alliiertem Hoheitsgebiet, da diese keine Weitergabe von Kernwaffen oder*

3 Singh, Jaswant, 1998: Against Nuclear Apartheid, in: Foreign Affairs 77 (1998) 5, 41-52.

4 Nassauer, Otfried, 2005: Nukleare Abrüstung, Atomwaffensperrvertrag und Nukleare Teilhabe Sollte Deutschland das nukleare Outsourcing beenden?, in: BITS Policy Note 05.2 (2005) 2, Mai, S. 2.

5 Schofield, Julian, 2014: Strategic nuclear sharing. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 16-17.

6 Schofield, Julian, 2014: Strategic nuclear sharing. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 17.

7 Einen entsprechen Vorbehalt haben die USA bei der Unterzeichnung des NPT gegenüber den anderen Vertragsparteien nicht vorgebracht.

> *Verfügungsgewalt darüber einschließen, sofern und solange nicht eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird, in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre."*[8]

Die nukleare Teilhabe wirft nicht nur Probleme im Hinblick auf das Nonproliferationsregime auf, sondern stellt auch das "nukleare Tabu" in Frage. Nina Tannenwald hat diese Norm in ihrem vielbeachteten Aufsatz folgendermaßen beschrieben:

> *"A normative prohibition on nuclear use has developed in the global system, which, although not (yet) a fully robust norm, has stigmatized nuclear weapons as unacceptable weapons of mass destruction."*[9]

Daher wäre zu erwarten, dass auch die nukleare Teilhabe allein dem Zweck der Abschreckung eines Atomkriegs dient. Das ist jedoch bei näherer Betrachtung nicht so eindeutig. Die nukleare Abschreckung beruht auf der Prämisse der gesicherten Zweitschlagsfähigkeit. Das heißt, dass das nuklearbewaffnete Land oder Bündnis, das Opfer eines nuklearen Angriffs geworden ist, trotz der dadurch angerichteten Zerstörungen in der Lage ist, auf den Angriff mit einem nuklearen Gegenschlag zu reagieren, der bei dem Angreifer verheerende Zerstörungen ausrichtet. Bei der Abschreckung sollen sich also die Nuklearwaffen auf beiden Seiten gegenseitig neutralisieren. Doch die NATO hat die Nuklearwaffen von Anfang an auch als sogenannte taktische bzw. substrategische Waffen außerhalb der geschilderten Abschreckung angesehen. Das ursprüngliche Motiv für die Stationierung von US-Nuklearwaffen bei den NATO-Mitgliedern in Europa und für deren technisch-nukleare Teilhabe war, ein Gegengewicht gegen einen konventionellen Angriff der vermeintlich überlegenen Streitkräfte des Warschauer Paktes zu schaffen.[10] Bis heute verzichtet die NATO nicht auf die Ersteinsatzoption und behält sich vor, Nuklearwaffen auch gegen einen nichtnuklearen Angriff einzusetzen. [11]

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden alle landgestützten US-Atomwaffen aus Europa abgezogen, mit Ausnahme der Atombomben für alliierte Kampfbomber, und diese sind eigentlich obsolet geworden, jedenfalls im Hinblick auf Russland. Katsioulis/Pilger erläuern diese Zweifel:

> *" Angesichts der begrenzten Reichweite taktischer Waffen und der Tatsache, dass die in den USA stationierten strategischen Waffen jeden potenziellen Ausgangspunkt einer Aggression gegen Europa abdecken, ist der militärische Nutzen einer Stationierung*

---

8 Diese deutsche Übersetzung der Erklärung findet sich in der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf des NPT-Ratifizierungsgesetzes. Deutscher Bundestag, Drucksache 7/994, S. 17.

9 Tannenwald, Nina, 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53 (1999) 3, 433-468, S. 433.

10 Alberque, William, 2017: The NPT and the origins of NATO's nuclear sharing arrangements, in: Proliferation Papers, Institut français des relations internationales (2017)47, S. 13.

11 Zur Geschichte des Arguments “first use if necessary” vgl. Holdren, John P., 2020: The overwhelming case for no first use, in: Bulletin of the Atomic Scientists 76 (2020) 1, 3-7, S. 3-4.

taktischer Atomwaffen in Europa unklar. Vielmehr müssten bei einem Angriff mit taktischen Atombomben – im Gegensatz zum Einsatz strategischer Waffen oder von Cruise Missiles – zusätzliche Schwierigkeiten überwunden werden: Die Bomber müssten bis über das Ziel gelangen und dazu die feindliche Luftabwehr überwinden."[12]

Richter schreibt ergänzend, dass für einen solchen Angriff in Europe eine komplexe Luftwaffenoperation notwendig wäre:

"Wenn der potentielle Gegner aber wie in Europa über eine fähige und raumdeckende Luftverteidigung verfügt, erfordert ein substrategischer Nukleareinsatz eine kombinierte Operation mit konventionellen Waffensystemen. Sie müssten zunächst eine Bresche in die bodengestützte Luftverteidigung des Gegners schlagen und die Nuklearwaffenträger während des gesamten Einsatzes gegen Angriffe aus der Luft schützen. … Solche substrategischen Einsätze sind das Herzstück der nuklearen Teilhabe im Bündnis. Zwar beteiligen sich daran nur Deutschland, Italien, Belgien und die Niederlande mit Kernwaffenträgern (F-16, Tornado), doch andere Nato-Staaten übernehmen die nötigen konventionellen Aufgaben. "[13]

Um den Atombomben und damit der nukleare Teilhabe wieder eine militärische Plausibilität und Bedeutung zu geben, entwickeln Militärstrategen seit einiger Zeit Szenarien "begrenzter Atomkriege" und rekonstruieren damit gerade die nichtstrategische, also nicht der nuklearen Abschreckung dienende Rolle der nuklearen Teilhabe. Zu diesem Zweck werden die vorhandenen US-Atombomben in Europa modernisiert. Dagegen erhebt sich Widerstand bin hin in den US-Kongress. So kritisierten der republikanische Kongressabgeordnete Ted Lieu und der demokratische Senator Ed Markey anlässlich der Haushaltsberatungen für das Pentagon-Budget 2020 die Pläne für einen begrenzten Nuklearwaffeneinsatz "kleiner" Atombomben. Konkret wandten sie sich gegen die Entwicklung neuer "kleiner" ("low-yield") Atomwaffen durch die USA, erwähnten aber auch die "mehr als 100 nuklearen Gravitationsbomben", die sich im Rahmen der nuklearen Teilhabe auf den Stützpunkten von fünf NATO-Partnern befänden und ebenfalls als "kleine" Atomwaffen eingesetzt werden könnten. Sie nannten zwei Kritikpunkte, die die

---

12 Katsioulis, Christos/Pilger, Christoph, 2009: Die Nuklearwaffen der NATO. Das neue Strategische Konzept bietet die Chance einer Neuorientierung, in: S + F, Sicherheit und Frieden 27(2009)1, 31-35, S. 33.

13 Richter, Wolfgang, 2018: Erneuerung der nuklearen Abschreckung. Die USA wollen nukleare Einsatzoptionen und globale Eskalationsdominanz stärken, in: SWP-Aktuell (2018)15, S. 4-5. Im Rahmen von SNOWCAT (Support of Nuclear Operations With Conventional Air Tactics) Operationen beteiligen sich nicht-nukleare NATO-Mitglieder mit konventionellen Kampfflugzeugen an solchen Éinsatzszenarien. Diese sollen die nuklearen Kampfbomber begleiten und die gegnerische Luftverteidigung neutralisieren (Otfried Nassauaer, 2010: Die nukleare NATO. Ein Problemaufriss. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse, Juli 2010. http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07352.pdf, S. 4). In den regelmäßigen "Steadfast Noon"-Manövern werden solche SNOWCAT Einsätze geübt. Daran beteiligen sich neben Griechenland und der Türkei auch Luftwaffeneinheiten aus Polen und Tschechien (Kristensen, Hans M., 2017: NATO Nuclear Exercise Underway With Czech and Polish Participation. Federation Of American Scientists Blog, https://fas.org/blogs/security/2017/10/steadfast-noon-exercise/).

rüstungskontrollpolitische Brisanz der nuklearen Teilhabe verdeutlichen. Erstens verschleiere der Begriff der "kleinen" Nuklearwaffe die Tatsache, dass es immer noch um ein "Drittel der Sprengkraft der Hiroshimabombe" bzw. um das "500fache der Sprengkraft der größten konventionellen Bombe der USA" gehe. Mit anderen Worten handelt es sich auch bei den Nuklearwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe auf jeden Fall um Massenvernichtungswaffen. Zweitens bezweifeln die beiden US-Parlamentarier, dass sich ein Nuklearkrieg begrenzen lasse:

> *"In our view, there is every reason to believe that, once attacked with even one atomic weapon of any size, a nation in shock may assume a full attack was imminent and respond with everything in its arsenal. Expecting a limited response—and risking millions of lives on that guess—is irresponsible and dangerous."*[14]

Die nukleare Teilhabe ist in der Öffentlichkeit seit dem Ende des Kalten Krieges allerdings kein großes Thema mehr. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass die beteiligten Regierungen eine weitgehende Geheimhaltungspolitik selbst gegenüber den eigenen Parlamenten betreiben. Erst allmählich wird in einzelnen Ländern die Entwicklung der Nuklearpolitik anhand freigegebener Akten historisch aufgearbeitet. Pionierarbeit leisten darüber hinaus einzelne Institutionen und Forscher, wie Hans M. Kristensen von der Federation of American Scientists oder Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, die öffentlich zugängliche Dokumente systematisch sichten und vertrauliche Dokumente unter Berufung auf Informationsfreiheitsgesetze öffentlich zugänglich machen.

Inzwischen liegt auch eine Übersicht über den wechselnden Umfang der nuklearen Teilhabe vor (Schaubild 1). Daraus wird ersichtlich, dass die nukleare Teilhabe in den meisten Fällen inzwischen beendet ist. In der einschlägigen Literatur werden weiterhin nur noch die fünf Länder Belgien, Italien, Niederlande, Türkei und Deutschland als Fälle der technisch-nuklearen Teilhabe aufgeführt.

---

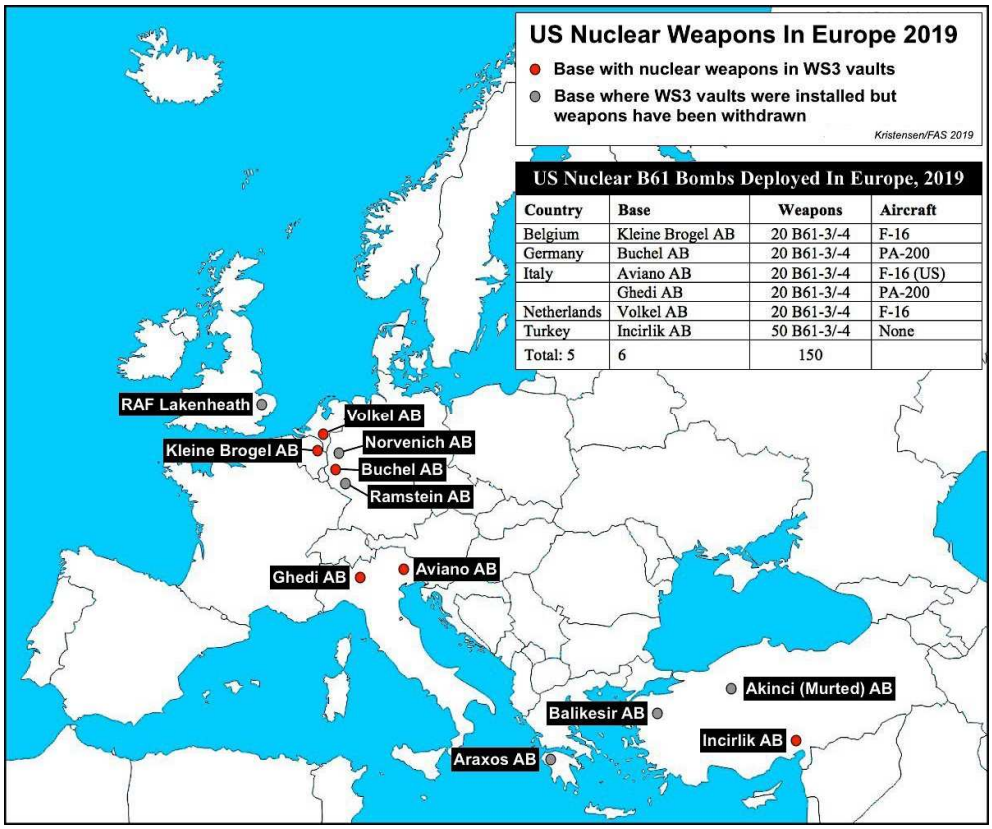
14 Lieu, Ted W./Markey, Edward J., 2019: New, More Usable Nukes for Trump? No, in: Defense One, June 3 2019, https://www.defenseone.com/ideas/2019/06/new-more-usable-nukes-trump-no/157445/(Übersetzung der Zitate durch HH); vgl. auch Rötzer, Florian, 2019: USA: Streit um taktische Atomwaffen, in: Telepolis, 06. Juni 2019, https://www.heise.de/tp/features/USA-Streit-um-taktische-Atomwaffen-4440665.html

Schaubild 1: Stationierung von Nuklearwaffen im Ausland, 1950-2015

— UNITED STATES —		— SOVIET UNION —	
Belgium	1963–	Cuba	1962
United Kingdom	1954–2006	Czechoslovakia	1965–90
Canada	1964–84	East Germany	1958–91
Denmark	1958–65	Hungary	1974–89
Greece	1960–2001	Mongolia	1967–92
Italy	1957–	Poland	1969–90
Morocco	1953–61		
Netherlands	1960–	— UNITED KINGDOM —	
Philippines	1957–77		
South Korea	1958–91	Cyprus	1960–75
Spain	1958–76	Singapore	1962–70
Taiwan	1958–74	(West) Germany	1972–98
Turkey	1959–		
(West) Germany	1955–		

Quelle: Sechser, Todd S.: Sharing the bomb: how foreign nuclear deployments shape nonproliferation and deterrence, in: Nonproliferation Review 23 (2016) 3-4, 443-458, S. 445. [15]

Schaubild 2: Gegenwärtige Stationierung von US-Nuklearwaffen in Europa



US Nuclear B61 Bombs Deployed In Europe, 2019

Country	Base	Weapons	Aircraft
Belgium	Kleine Brogel AB	20 B61-3/-4	F-16
Germany	Buchel AB	20 B61-3/-4	PA-200
Italy	Aviano AB	20 B61-3/-4	F-16 (US)
	Ghedi AB	20 B61-3/-4	PA-200
Netherlands	Volkel AB	20 B61-3/-4	F-16
Turkey	Incirlik AB	50 B61-3/-4	None
Total: 5	6	150	

Quelle: Kristensen, Hans M.: Urgent: Move US Nuclear Weapons Out Of Turkey, in: Federation of American Scientists Blog, 16.10.2019, https://fas.org/blogs/security/2019/10/nukes-out-of-turkey/ . WS3 bedeutet "Weapon Storage and Security System". Es handelt sich um spezielle Bunker für die Lagerung von US-Atombomben.

15 Bei den Angaben zu Marokko handelt es sich um die Stationierung von US-Nuklearwaffen auf einem US-Stützpunkt im damaligen Französisch-Marokko, vgl. Norris, Robert S./Arkin, William M./Burr, William, 1999: Where They Were, in: Bulletin of the Atomic Scientists 55 (1999) 6, 26-35 + 66-67, S. 29.

3. Der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe

Aus den ursprünglich zwölf Mitgliedstaaten der NATO sind inzwischen 30 geworden. Drei davon sind Nuklearwaffenstaaten und nur fünf weitere nehmen gegenwärtig an der technisch-nuklearen Teilhabe teil (Schaubild 2). Kanada und Griechenland haben sie wieder aufgegeben. Norwegen hat sich frühzeitig gegen die Stationierung von US-Nuklearwaffen entschieden. Aus Dänemark (Grönland) und Spanien sind die dort stationierten US-Nuklearwaffen wieder abgezogen worden. In der NATO-Russland-Grundakte von 1997 wurde die nukleare Teilhabe für alle neuen NATO-Mitglieder ausgeschlossen.[16] In der Grundakte erklären die NATO-Mitglieder, keine Nuklearwaffen, keine nuklearwaffenfähigen Trägersysteme und auch keine nuklearen Waffenlager auf dem Territorium der neuen Mitgliedstaaten einzurichten.[17] Diese Angaben zeigen, wie groß die Bandbreite der nuklearen Teilhabe der NATO-Mitgliedstaaten ist.

Nachfolgend vorgestellt werden die Fälle, in denen NATO-Mitglieder aus der technisch-nuklearen Teilhabe ausgestiegen sind bzw. die Stationierung von US-Nuklearwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet beendet haben. Diese Fälle zeigen zum einen den erstaunlich großen Handlungsspielraum für einen Nuklearwaffenausstieg innerhalb der NATO, aber auch die Kompromisse, Rückschläge und Herausforderungen, mit denen eine solche Politik immer wieder konfrontiert wurde.

3.1 Kanada

Kanada war während des Zweiten Weltkriegs gemeinsam mit Großbritannien am Manhattan Project beteiligt und hätte daher nach Kriegsende eigene Nuklearwaffen entwickeln können. Die kanadische Regierung entschied sich damals aber ausdrücklich gegen die Finanzierung eines solchen kostspieligen Projekts.[18] In den 1950er Jahren erlaubte die kanadische Regierung jedoch die Stationierung umfangreicher Nuklearwaffenkapazitäten durch die US-Streitkräfte in der kanadischen Arktis und in Neufundland. [19]

---

16 Im 2+4-Vertrag wurde die Fortführung der technisch-nuklearen Teilhabe Deutschlands auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränkt.

17 Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, 27. Mai 1997, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de (Kap. IV. Politisch-Militärische Angelegenheiten)

18 Shaw, Douglas B., 2010: Lessons of restraint: How Canada helps explain and strengthen the nonproliferation norm, in: Bulletin of the Atomic Scientists 66(2010)5, 45-54, S. 46; Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50, S. 46-47.

19 Shaw, Douglas B., 2010: Lessons of restraint: How Canada helps explain and strengthen the nonproliferation norm, in: Bulletin of the Atomic Scientists 66(2010)5, 45-54, S. 46; Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50, S. 46.

Auch das kanadische Militär drängte auf die Ausrüstung mit US-Nuklearwaffen. Der konservative Premierminister Diefenbaker wollte sich in der Frage der Nuklearbewaffnung jedoch nicht festlegen und sträubte sich gegen ein Abkommen zur technisch-nuklearen Teilhabe mit den USA. Sein unklarer Kurs in der Bündnis- und Nuklearpolitik war mitverantwortlich für seinen Sturz. Nach den Parlamentswahlen von 1963 regierte die Liberale Partei Kanada mehr als zwanzig Jahre lang fast ohne Unterbrechung. Die neue Regierung unter Premierminister Lester Pearson hob die Bündnisverpflichtungen Kanadas im Rahmen seiner NATO-Mitgliedschaft hervor und begründete damit ihren Beschluss, die kanadischen Streitkräfte und auch die in Europa stationierten Einheiten massiv mit Nuklearwaffen unter US-Kontrolle auszurüsten. Der kanadische Stellvertreter des von den USA gemeinsam mit Kanada betriebenen North American Aerospace Defense Command (NORAD) erhielt sogar die Befehlsgewalt ("predelegated authority") über den Einsatz von Nuklearwaffen.[20]

Pierre Trudeau löste Pearson 1968 als Premierminister ab. Er galt persönlich als Kritiker der NATO und der nuklearen Rüstung, musste als Premierminister allerdings Kompromisse eingehen. Er begann nach seiner Wahl, die Nuklearwaffen sukzessive wieder von den Stützpunkten in Kanada und den in Europa stationierten kanadischen Streitkräften abzuziehen. Kanada engagierte sich für den Abschluss des NPT. In der UNO setzte sich Trudeau für die nukleare Abrüstung ein. Allerdings blieben die kanadischen Streitkräfte weiterhin in NORAD integriert. Zudem erlaubte die kanadische Regierung den US-Streitkräften 1979, Cruise Missiles über kanadischem Territorium zu testen.[21] Es dauerte schließlich bis 1984, dass Kanada vollständig nuklearwaffenfrei war.[22]

Die kanadische Regierung beteiligte sich außerdem aktiv an den internationalen Bemühungen zur Proliferationskontrolle in Bezug auf kommerzielle Technologietransfers. In Kanada hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine wettbewerbsfähige Nuklearindustrie entwickelt, die Nuklearreaktoren weltweit vertrieb. Diese Nuklearexporte erwiesen sich als höchst proliferationsträchtig.[23] Nach dem indischen Atomtest im Jahr 1974, bei dem kanadische Nukleartechnik verwendet wurde, verschärfte die kanadische Regierung die Exportkontrollen erheblich und wurde zum Vorreiter eines internationalen Exportkontrollregimes.[24]

---

20 Shaw, Douglas B., 2010: Lessons of restraint: How Canada helps explain and strengthen the nonproliferation norm, in: Bulletin of the Atomic Scientists 66(2010)5, 45-54, S. 47-50.

21 Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50, S. 48.

22 Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50, S. 50.

23 Shaw, Douglas B., 2010: Lessons of restraint: How Canada helps explain and strengthen the nonproliferation norm, in: Bulletin of the Atomic Scientists 66(2010)5, 45-54, S. 45-46.

24 Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50, S. 50.

Auch spätere Regierungen Kanadas setzten die nukleare Rüstungskontrollpolitik Trudeaus fort. Da Kanada aber gleichzeitig uneingeschränkt zum nuklearen Bündnis mit den USA und der NATO steht, ist eine gewisse "Schizophrenie"[25] nicht zu übersehen.

3.2 Griechenland

Die konservative Regierung Griechenlands unter Ministerpräsident Karamanlis stimmte 1957 der Stationierung von taktischen Nuklearwaffen auf den US-Militärstützpunkten in Griechenland zu und unterzeichnete 1958 ein Abkommen über die technisch-nukleare Teilhabe. Daraufhin wurden nukleare Gefechtsköpfe unter Aufsicht des US-Militärs für den Einsatz mit Kurzstreckenraketen und Kampfbombern auf der Luftwaffenbasis Araxos stationiert. Auch während der Militärregierung von 1967 bis 1974 und danach blieben US-Nuklearwaffen in Griechenland stationiert. Während der Zypernkrise 1974 hielten die US-Bewacher in Araxos allerdings die nuklearen Gefechtsköpfe in den Bunkern unter Verschluss. Ungeachtet mehrfacher Krisen in den Beziehungen zwischen Griechenland und den USA und trotz des zeitweisen Rückzugs der griechischen Streitkräfte aus der integrierten Militärstruktur der NATO zwischen 1974 und 1980 zog sich die konservative Regierung nicht aus der Nuclear Planning Group zurück, stellte die US-Nuklearwaffen in Griechenland nicht in Frage und trug den NATO-Doppelbeschluss mit. [26]

1981 gewann die sozialistische PASOK die Parlamentswahlen unter anderem mit dem Versprechen, die US-Basen in Griechenland zu schließen. Dessen ungeachtet verhandelte PASOK-Ministerpräsident Andreas Papandreou lediglich über eine Modifikation des Militärabkommens mit den USA, vor allem im Hinblick auf höhere US-Militärhilfen.[27] Innenpolitisch stand die PASOK unter dem Druck der starken Friedensbewegung, die mit der Kommunistischen Partei verbunden war. Der Nachrüstungsbeschluss der NATO sah keine Stationierung von Nuklearraketen in Griechenland vor, weshalb sich die Friedensbewegung vor allem gegen die US-Militärbasen richtete. Papandreou profilierte sich in der Öffentlichkeit als Unruhestifter in den NATO-Gremien, propagierte den Abzug der Nuklearwaffen aus Griechenland und trat außenpolitisch als Friedensaktivist auf, unter anderem mit einer letztlich erfolglosen Initiative für eine nuklearwaffenfreie Zone auf

---

25 Bratt, Duane, 2002: Canada's Nuclear Schizophrenia, in: Bulletin of the Atomic Scientists 58(2002)2, 44-50.

26 Karamouzi, Eirini/Chourchoulis, Dionysios, 2019: Troublemaker or peacemaker? Andreas Papandreou, the Euromissile Crisis, and the policy of peace, 1981-86, in: Cold War History 19(2019)1, 39-61. S. 42 und 47; U.S. Delaying Removal of Warheads, in: New York Times, 24.7. 1975.

27 Karamouzi, Eirini/Chourchoulis, Dionysios, 2019: Troublemaker or peacemaker? Andreas Papandreou, the Euromissile Crisis, and the policy of peace, 1981-86, in: Cold War History 19(2019)1, 39-61. S. 48.

dem Balkan. [28] Tatsächlich schloss er aber 1983 ein neues Militär- und Wirtschaftshilfeabkommen mit den USA ab, das den Weiterbetrieb der vier US-Militärstützpunkte für weitere fünf Jahre vorsah.[29] Das Thema der nuklearen Teilhabe verschwand aus dem öffentlichen Diskurs.

1998 forderte die NATO Presseberichten zufolge Griechenland auf, seine veralteten A-7 Corsair Kampfbomber durch F-16 Mehrzweckkampfflugzeuge zu ersetzen. Die PASOK-Regierung unter Konstantinos Simitis, Papandreous Nachfolger, lehnte dies jedoch ab und wollte angesichts des Konflikts mit der Türkei die knappen Haushaltsmittel statt dessen in Flugzeuge zur Luftabwehr und in die konventionelle Ausrüstung der griechischen Streitkräfte investieren. Die US-Regierung beschloss daraufhin, die US-Gefechtsköpfe aus Griechenland abzuziehen. 2001 wurden die verbliebenen 20 nuklearen Gefechtsköpfe aus Araxos abtransportiert. [30]

Das Ende der eigenen technisch-nuklearen Teilhabe bedeutet jedoch nicht, dass Griechenland die Nuklearpolitik der NATO ablehnt. Die Nuklearwaffenbunker in Araxos stehen noch und die griechische Luftwaffe beteiligt sich weiterhin an SNOWCAT-Missionen zur Unterstützung nuklearbewaffneter Kampfbombereinsätze anderer NATO-Mitglieder.[31] Auch die Proteste der griechischen Friedensbewegung gegen die US- und NATO-Militärstützpunkte gehen weiter.

3.3 Dänemark

Die dänische Sicherheitspolitik beruht seit Beginn des Kalten Kriegs auf der NATO-Mitgliedschaft und dem "Nuklearschirm" der USA. Schon beim NATO-Beitritt machte die dänische Regierung allerdings klar, dass sie keine Stationierung fremder Truppen in Dänemark zulassen werde.[32]

Zunächst stand die dänische Regierung einer Nuklearbewaffnung positiv gegenüber. Im September 1955 erklärte der sozialdemokratische Ministerpräsident Hans Christian

---

28 Karamouzi, Eirini/Chourchoulis, Dionysios, 2019: Troublemaker or peacemaker? Andreas Papandreou, the Euromissile Crisis, and the policy of peace, 1981-86, in: Cold War History 19(2019)1, 39-61. S. 53.

29 Karamouzi, Eirini/Chourchoulis, Dionysios, 2019: Troublemaker or peacemaker? Andreas Papandreou, the Euromissile Crisis, and the policy of peace, 1981-86, in: Cold War History 19(2019)1, 39-61. S. 52.

30 Ware, Alyn (Hrsg.): Move the nuclear weapons Money: A Handbook For Civil Society And Legislators. Basel: International Peace Bureau, Parliamentarians for Nuclear Non-proliferation and Disarmament, and the World Future Council, S. 12; Experts report that US withdrew last of its nuclear weapons from Greece, in: Associated Press International, 9.2.2005.

31 Kristensen, Hans M.: Presentation to Course on Nuclear Weapons Policy and Arms Control. James Martin Center for Nonproliferation Studies, Washington, DC, October 27, 2015, Slide 3, https://fas.org/wp-content/uploads/2014/05/Brief2015_NATO-Russia_MIIS_.pdf.

32 Agger, Jonathan Søborg/Wolsgaard, Lasse: All Steps Necessary: Danish Nuclear Policy, 1949-1960, in: Contemporary European History 15 (2006) 1, 67-84, S. 78-79.

Hansen öffentlich, dass die Regierung eine Nuklearbewaffnung der dänischen Streitkräfte in Betracht ziehe, falls es die Lage erfordere.[33] Im Jahr 1957 begann die Eisenhower-Administration, ihre europäischen Bündnispartner mit taktischen Nuklearwaffen unter Kontrolle der USA auszurüsten. Im Frühjahr 1957 akzeptierte der dänische Verteidigungsminister auf Drängen der USA und der NATO zunächst nuklearwaffenfähige Kurzstreckenraketen für Dänemark. Als dies durch Presseberichte öffentlich bekannt wurde, erntete die Regierung heftige Kritik. Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen distanzierte sich Ministerpräsident Hansen von der Nuklearbewaffnung. Im Dezember bekräftigte er schließlich, dass Dänemark "unter den gegebenen Umständen" keine Nuklearwaffen akzeptieren werde. Diese Formel bestimmte die dänische Sicherheitspolitik bis zum Ende des Kalten Kriegs. [34]

Die dänische Nuklearpolitik blieb aber widersprüchlich. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen erlaubten den US-Streitkräften bereits in den 1950er Jahren stillschweigend, Nuklearwaffen in Grönland zu stationieren und Flüge über Grönland mit Nuklearwaffen an Bord durchzuführen. [35] Die offizielle dänische Politik zur nuklearen (Nicht)Teilhabe wurde auf die Probe gestellt, als ein nuklearbewaffneter B-52-Bomber der US-Luftwaffe im Jahr 1968 in der Nähe des US- Stützpunktes Thule auf Grönland abstürzte. Die Regierungen Dänemarks und der USA behaupteten damals, dass dieses Flugzeug wegen eines Notfalls seine Route verlassen und Grönland angeflogen habe. [36] In den 1990er Jahren enthüllten Presseberichte, dass in Thule routinemäßig nuklearbewaffnete US-Flugzeuge stationiert waren. Dies löste den "Thuleagate"-Skandal aus. Die US-Regierung gab zu, dass die US-Streitkräfte auf Thule von 1958 bis 1965 Nuklearwaffen gelagert hatten.[37]

Der Grundsatz, dass das dänische Hoheitsgebiet nuklearwaffenfrei bleibt, bezog sich auch auf das dänische Seegebiet, insbesondere auf Hafenbesuche nuklear bewaffneter Marineschiffe. Ähnlich wie im Falle der US-Nuklearwaffen auf Grönland setzten die däni-

---

33 Agger, Jonathan Søborg/Wolsgaard, Lasse: All Steps Necessary: Danish Nuclear Policy, 1949-1960, in: Contemporary European History 15 (2006) 1, 67-84, S. 75.

34 Agger, Jonathan Søborg/Wolsgaard, Lasse: All Steps Necessary: Danish Nuclear Policy, 1949-1960, in: Contemporary European History 15 (2006) 1, 67-84, S. 80.; Petersen, Nikolaj: The H.C. Hansen Paper and Nuclear Weapons in Greenland, in: Scandinavian Journal of History 23(1998), 21-44, S. 33; Vestergaard, Cindy: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 108.

35 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 108; Petersen, Nikolaj, 1998: The H.C. Hansen Paper and Nuclear Weapons in Greenland, in: Scandinavian Journal of History 23(1998), 21-44.

36 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 109.

37 Study Says U.S. Secretly Placed Bombs; Cold War Deployments Affected Mostly Allies, in: Washington Post, 20.10.1999; Kristensen, Hans M.: Denmark's Thulegate: U.S. Nuclear Operations in Greenland, in: The Nuclear Information Project, 2004, http://www.nukestrat.com/dk/gr.htm.

schen Regierungen dies allerdings nicht konsequent durch. Erstmals wurde dies zu einem Problem, als im Jahr 1958 die USS Skate, ein Unterseeboot der US-Marine mit strategischen Nuklearwaffen an Bord, den Hafen von Kopenhagen anlaufen wollte. Die Regierung Hansen verbot den Hafenbesuch, begründete dies allerdings mit dem Risiko einer radioaktiven Verstrahlung. [38] Zwischen 1957 und 1992 führten nuklearwaffenfähige Kriegsschiffe der USA mehr als 200 Hafenbesuche in Dänemark, Grönland und den dänischen Färöer-Inseln durch. Anfragen nach einer etwaigen Nuklearbewaffnung beantwortete die US-Regierung routinemäßig, dass sie dies grundsätzlich weder bestätige noch dementiere. [39]

Die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Anker Jørgensen trug in den 1980er Jahren die NATO-Nachrüstung nur unter Vorbehalten mit (sogenannte "Fußnoten-Politik") und versuchte auf diese Weise, die NATO-Mitgliedschaft in Einklang mit der dänischen Nuklearwaffenabstinenz und dem Eintreten für die nukleare Abrüstung zu bringen. 1988, im Jahr nach dem Regierungswechsel zur konservativen Regierung unter Ministerpräsident Poul Schlüter, lösten Presseberichte, wonach die US-Marine bei ihren Hafenbesuchen die nichtnukleare Politik Dänemarks systematisch missachtete und die dänische Regierung dies duldete, eine heftige innenpolitische Debatte aus. Das dänische Parlament bekräftigte daraufhin den Grundsatz, dass auf dänischem Territorium, einschließlich der dänischen Häfen, keine Nuklearwaffen akzeptiert werden. Das Parlament forderte die Regierung auf, alle Kriegsschiffe bei Hafenbesuchen darüber offiziell zu informieren. [40] Auf die aufgeheizte politische Debatte reagierte die Regierung Schlüter mit der Ansetzung von Neuwahlen, die sie schließlich gewann. [41]

Nach dem Ende des Kalten Kriegs verschwand die Nuklearwaffenfrage weitgehend von der politischen Tagesordnung und die transatlantischen Bindungen an die USA traten in den Vordergrund. Dies äußerte sich in der Nuklearwaffenpolitik darin, dass die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen im Jahr 2004 den US-Streitkräften ungeachtet innenpolitischer Kritik erlaubte, die Radarsysteme in Grönland als Teil ihres Raketenabwehrprojekts ("National Missile Defense") zu modernisieren. [42] Dänische Kampfflugzeuge beteiligen sich außerdem an den

---

38 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 109.

39 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 111; Kristensen, Hans M.: Nuclear Post Visits to Denmark During the Cold War, in: The Nuclear Information Project, 2004-2005, http://www.nukestrat.com/dk/gr.htm.

40 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 111; Kristensen, Hans M.: Nuclear Post Visits to Denmark During the Cold War, in: The Nuclear Information Project, 2004-2005, http://www.nukestrat.com/dk/gr.htm.

41 Vestergaard, Cindy, 2014: Going non-nuclear in the nuclear alliance: the Danish experience in NATO, in: European Security 23(2014)1, 106-117, S. 112.

42 van Dassen, Lars/Wetter, Anna, 2006: Nordic nuclear non-proliferation policies: different traditions and common objectives, in: Bailes, Alyson J.K./Herolf, Gunilla/Sundelius, Bengt

SNOWCAT-Missionen zur Unterstützung der nuklearen Bombereinsätze der NATO.[43] Auch dem Boykott des Atomwaffenverbotsvertrags schloss sich Dänemark an.

3.4 Norwegen

Die norwegische Ablehnung einer Nuklearbewaffnung beruhte lange Zeit auf der grundsätzlichen Ablehnung der Stationierung fremder Truppen auf norwegischem Territorium und nicht auf einer grundsätzlichen Ablehnung von Nuklearwaffen. Norwegen betrieb sogar bis in die frühen 1950er Jahre ein Programm zur Entwicklung eigener Nuklearwaffen.[44]

In den 1950er Jahren erhielt Norwegen zwar nuklearwaffenfähige Trägersysteme aus den USA. Diese wurde aber sogleich wieder ausgemustert, als klar wurde, dass die Bewaffnung mit US-Nuklearsprengköpfen erfordert hätte, US-amerikanisches Militärpersonal in Norwegen zu stationieren.[45] 1957 votierte der Parteitag der regierenden Arbeiterpartei einstimmig gegen die Stationierung von US-Nuklearwaffen in Norwegen. Auf dem NATO-Gipfeltreffen im Dezember 1957 machte Ministerpräsident Gerhardsen deutlich, dass Norwegen keine Stationierung von Nuklearwaffen auf seinem Territorium erlaube.

Dies bedeutete allerdinge keine grundsätzliche Ablehnung der NATO-Nuklearstrategie durch die norwegische Regierung. Vielmehr ließ die norwegische Regierung an verschiedenen Orten Bunker für eine Lagerung von nuklearen Sprengköpfen im Kriegsfall bauen und stellte nuklearwaffenfähige Luftabwehrraketen im Umkreise der Hauptstadt auf. Außerdem erlaubte die Regierung, dass in Norwegen ein Navigationssystem für die mit Atomwaffen ausgerüsteten US-amerikanischen Polaris-U-Boote gebaut wurde. Das wurde lange Zeit geheim gehalten und die Öffentlichkeit erfuhr erst 1977 durch parlamentarische Initiativen davon. [46] Weiterhin beteiligt sich die norwegische Luftwaffe an

---

(Hrsg.): Nordic countries and the European Security and Defence Policy. Oxford: Oxford University Press, 252-266, S. 259.

43 Schulte, Paul, 2012: Tactical Nuclear Weapons in NATO and Beyond: A Historical and Thematic Examination, in: Nichols, Tom/Stuart, Douglas/McCausland, Jeffrey D. (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons and NATO. Carlisle, PA: Strategic Studies Institute, 13-74, S. 29-30; Kristensen, Hans M.: Presentation to Course on Nuclear Weapons Policy and Arms Control. James Martin Center for Nonproliferation Studies, Washington, DC, October 27, 2015, Slide 3, https://fas.org/wp-content/uploads/2014/05/Brief2015_NATO-Russia_MIIS_.pdf.

44 van Dassen, Lars/Wetter, Anna, 2006: Nordic nuclear non-proliferation policies: different traditions and common objectives, in: Bailes, Alyson J.K./Herolf, Gunilla/Sundelius, Bengt (Hrsg.): Nordic countries and the European Security and Defence Policy. Oxford: Oxford University Press, 252-266, S. 244-245.

45 Frühling, Stephan/O'Neil, Andrew, 2017: Nuclear weapons, the United States and alliances in Europe and Asia: Toward an institutional perspective, in: Contemporary Security Policy 38(2017)1, 4-25, S. 13.

46 Swedish Physicians Against Nuclear Weapons, Swedish Peace and Arbitration Society: Norge og atomvåpen, Medlemsblad for Norske leger mot atomvåpen (2011)1, 10-14.

den SNOWCAT-Missionen zur Unterstützung der nuklearen Bombereinsätze im Rahmen der nuklearen Teilhabe. [47]

Die Nuklearwaffenpolitik besitzt in der öffentlichen Debatte seit langem einen hohen Stellenwert, auch aufgrund einer aktiven Friedensbewegung. Daher nehmen die Parteien dieses Thema sehr ernst. [48] Auch vor diesem Hintergrund setzten sich die Regierungen Norwegens immer wieder diplomatisch für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung ein. Angesichts der heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss beschloss die Arbeiterpartei 1981, dass sich Norwegen für eine nuklearwaffenfreie Zone der nordischen Länder einsetzen sollte. Sie handelte sich damit heftige Kritik der NATO ein, vor allem der US-Regierung. [49]

Auch nach dem, Endes des Kalten Kriegs machte sich der Einfluss der Friedensbewegung bemerkbar. Im Jahr 2010 setzte sich der norwegische Außenminister zusammen mit seinem deutschen Kollegen Westerwelle in der NATO für die Überarbeitung der Nuklearstrategie des Bündnisses ein. [50] 2013 richtete Norwegen die erste der drei Staatenkonferenzen im Rahmen der "Humanitarian Initiative " zu den humanitären Auswirkung eines Nuklearwaffeneinsatzes aus. Allerdings boykottierte Norwegen wie alle anderen NATO-Mitglieder dann den Verhandlungsprozess zum Atomwaffenverbotsvertrag.

4. Fazit

Der NPT trägt - zusammen mit dem Teststoppvertrag - entscheidend dazu bei, die Dynamik der nuklearen Proliferation und Modernisierung einzudämmen. Die NATO gefährdete mit ihrer Politik der nuklearen Teilhabe und ihrem Boykott des Atomwaffenverbotsvertrags die Legitimität dieses Eckpfeilers der nuklearen Rüstungskontrolle. Politiker aus den alten und neuen NATO-Mitgliedstaaten sehen die nukleare Teilhabe als Versicherung an, im Konfliktfall von den USA und der NATO nicht im Stich gelassen zu werden, oder verstehen sie als Mittel, sich Mitspracherechte bei der NATO zu verschaffen.

---

47 Schulte, Paul, 2012: Tactical Nuclear Weapons in NATO and Beyond: A Historical and Thematic Examination, in: Nichols, Tom/Stuart, Douglas/McCausland, Jeffrey D. (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons and NATO. Carlisle, PA: Strategic Studies Institute, 13-74, S. 29-30; Kristensen, Hans M.: Presentation to Course on Nuclear Weapons Policy and Arms Control. James Martin Center for Nonproliferation Studies, Washington, DC, October 27, 2015, Slide 3, https://fas.org/wp-content/uploads/2014/05/Brief2015_NATO-Russia_MIIS_.pdf.

48 van Dassen, Lars/Wetter, Anna, 2006: Nordic nuclear non-proliferation policies: different traditions and common objectives, in: Bailes, Alyson J.K./Herolf, Gunilla/Sundelius, Bengt (Hrsg.): Nordic countries and the European Security and Defence Policy. Oxford: Oxford University Press, 252-266, S. 277.

49 Swedish Physicians Against Nuclear Weapons, Swedish Peace and Arbitration Society: Norge og atomvåpen, Medlemsblad for Norske leger mot atomvåpen (2011)1, 10-14.

50 Swedish Physicians Against Nuclear Weapons, Swedish Peace and Arbitration Society: Norge og atomvåpen, Medlemsblad for Norske leger mot atomvåpen (2011)1, 10-14.

Andere Politiker erkennen jedoch, dass die nukleare Teilhabe die Sicherheit ihrer Staaten verringert und ihren Handlungsspielraum beschneidet.

Es scheint, dass die NATO-Nuklearpolitik und auch die nukleare Teilhabe inzwischen eine Eigendynamik entwickelt hat und nur noch wenig mit realistischen Einsatzszenarien zu tun. Sie wird stattdessen zunehmend durch technologische und (rüstungs)wirtschaftliche Interessen, das Beharrungsvermögen des militärischen und sicherheitspolitischen Apparats und tradierte Sicherheitskonzepte bestimmt. Doch wie die vorgestellten Fälle belegen, ist die nukleare Teilhabe selbst innerhalb der NATO nicht zwangsläufig oder alternativlos. Vielmehr haben immer wieder Handlungsmöglichkeiten bestanden und bestehen auch weiter, die nukleare Teilhabe herunterzufahren, wenn nicht sogar aus ihr auszusteigen.

Die Politik der nuklearen Teilhabe in der NATO steckt in einer Legitimationskrise. Die Geheimhaltungspolitik untergräbt die demokratische Kontrolle der Sicherheitspolitik. Die nukleare Teilhabe ist militärisch obsolet. Die NATO-Nuklearstrategie steht der internationalen Ächtung und Abrüstung der Nuklearwaffen im Wege. Es wäre also an der Zeit, dass neben den vorgestellten Fällen auch weitere Länder die Chance zum Atomwaffenausstieg nützen. Eine mehrheitliche Unterstützung in der Öffentlichkeit dafür wäre jedenfalls vorhanden.[51]

51 Kubiak, Katarzyna, 2015: Hold-out or Silent Supporter? Implications of the humanitarian initiative on nuclear weapons for Germany, in: International Policy Analysis, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn (2015)July, S. 6.